

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareillezeile
80 Pf., Kellamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das
Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Recht des Oberbürgermeisters

Wichtige Regierungserklärung im Preussischen Landtag

Im Preussischen Landtag begann heute mittag die dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts für die Hauptstadt Berlin. Dazu haben die Rechtsparteien noch verschiedene Änderungsanträge gestellt. So soll der Magistrat nach einem Antrag der Volkspartei nicht aus dem Oberbürgermeister, zwei Bürgermeistern, neun hauptamtlichen Stadträten usw. bestehen, sondern aus dem Oberbürgermeister, einem ersten und einem zweiten Bürgermeister, 10 hauptamtlichen Stadträten usw.

Abg. Dr. v. Kies (Dnat.) hält das Gesetz in der jetzigen Fassung der Vorlage nicht für glücklich, insbesondere sei keine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Zentrale und den Bezirken gegeben. In den Bezirken müßte die Magistratsver-

Hermann Müllers Aufbahrung Besichtigung am Dienstag freigegeben.

Am den Parteigenossen die Möglichkeit zu geben, ein letztes Mal die Züge des toten Führers Hermann Müller zu sehen, beabsichtigt der Parteivorstand, den Raum, in dem der Sarg aufgebahrt ist, am Dienstag der Besichtigung freizugeben.

Zutritt haben alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, die sich als solche ausweisen. Besichtigungszeit von 10 Uhr vormittags bis 21 Uhr abends.

Vorausichtlich wird der Raum auch am Mittwoch zur Besichtigung freigegeben werden, doch wird darüber erst in der Mittwochsausgabe des „Vorwärts“ näheres mitgeteilt werden können.

Bereits am Sonntag und am Montag haben Tausende von Parteifreunden den Raum betreten, dessen endgültige Ausschmückung jedoch erst heute abend beendet sein wird.

fassung wieder hergestellt werden. Der Antrag der Volkspartei sei eine Leg Scholli. Seine Freunde würden dem Entwurf nicht zustimmen, aber seiner Verabschiedung auch keine Schwierigkeiten machen.

Abg. Schäling (Z.) wendet sich gegen den Abgabebrief des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, mit dem dieser seine Oberbürgermeisterkandidatur zurückzieht und in dem er sehr heftig die beabsichtigte Reform der Stadtverwaltung kritisiert. Vor drei Wochen wäre die Aktion Dr. Müllers wirkungsvoller gewesen.

Ministerialdirektor Dr. v. Leyden

gibt im Auftrage des Innenministers folgende Erklärung ab: Einem Wunsche des Abg. Dr. Bohmann bei der zweiten Lesung des Entwurfs entsprechend gebe ich über Inhalt und Bedeutung des § 22 der Novelle folgende Erklärung ab:

Das Recht des Oberbürgermeisters, die Bezirksämter mit Weisungen zu versehen, besteht auf den Verwaltungsgebieten, die durch die Säzung den Verwaltungsbezirken übertragen sind, nur insoweit, als der Magistrat nach Anhörung des Stadgemeindevorstandes zur Einbeziehung der Verwaltung Grundzüge aufgestellt hat.

Sieernach beschränkt sich die Befugnis des Oberbürgermeisters darauf, dafür zu sorgen, daß die Grundzüge, die von dem Magistrat aufgestellt sind, eingehalten und befolgt werden.

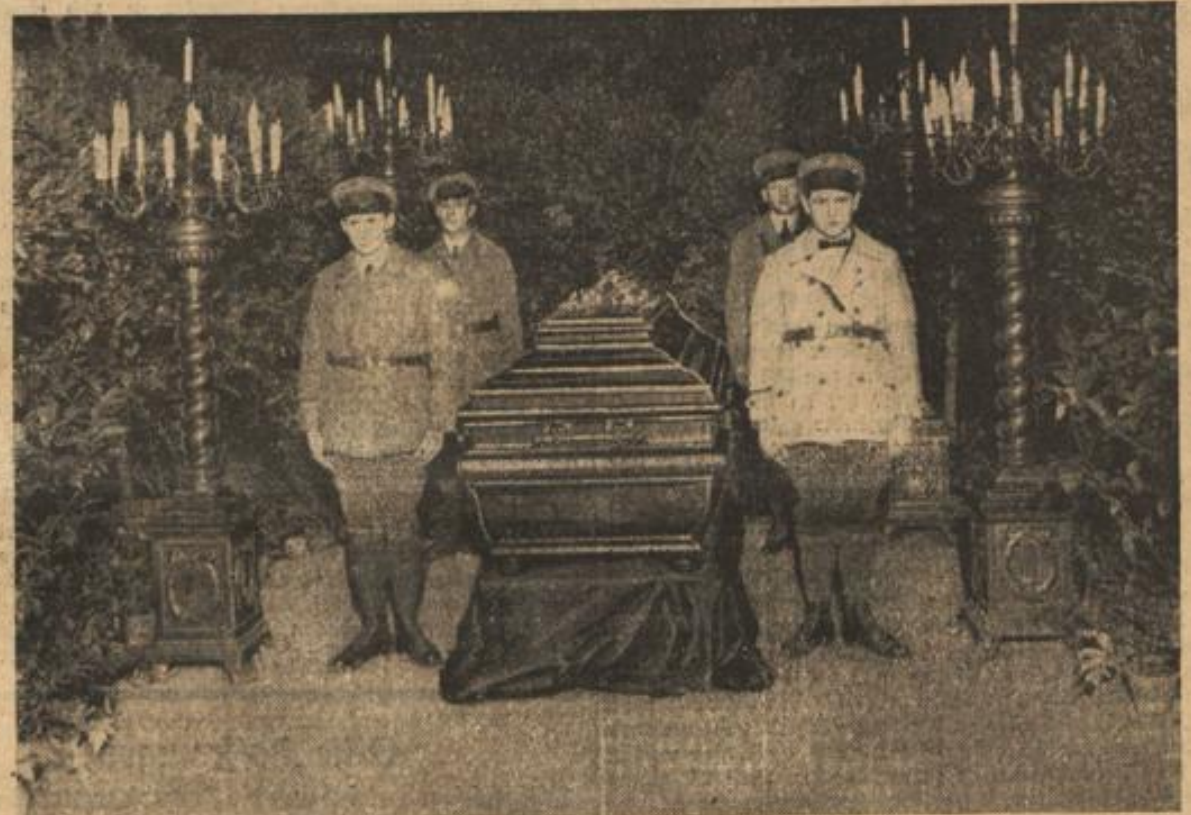
Die Abstimmung über die Vorlage findet am Mittwoch, dem 25. März, 14 Uhr, statt.

Brotpreis wird aufgebaut.

Der Preisabbau ist vergessen.

ABIN, 23. März. (Eigenbericht.)

Die Kölner Bäckerinnung erhöht von heute ab den Brotpreis um 2 Pfennig pro Kilo. Das hat die Wirtschaftsgemeinschaft der Kölner Gewerkschaften, in der die freien und christlichen Gewerkschaften vertreten sind, veranlaßt, an den Reichskanzler Brüning einen telegraphischen Protest zu richten. Sie sehe in der Brotpreiserhöhung eine Folge der übertriebenen Schutzpolitik des Reichsministers Schiele und verlange, daß den Interessen der Verbraucher durch die Reichspolitik mehr als bisher Rechnung getragen wird.



Totenrache an der Bahre Hermann Müllers

Die Zollunion mit Oesterreich

Beginn der diplomatischen Aussprache.

Wien, 23. März. (Eigenbericht.)

Amlich wird mitgeteilt: Die Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei haben dem Außenminister Schober zur Kenntnis gebracht, daß der Abschluß einer Zollunion mit dem Deutschen Reich gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 verstoßen würde. Der Botschafter hat die Besandten entsprechend aufgeklärt. Wie der „Morgen“ berichtet, hat Dr. Schober ihnen gesagt, daß eine Verletzung des Genfer Protokolls nicht vorliege, da beiden Staaten sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Souveränität vollkommen gewahrt bleibe. Es handle sich auch nicht um ein Abkommen, sondern um einen Plan, an dem teilzunehmen jedem anderen Staate ebenfalls freistehet.

Sozialdemokratische Beurteilung.

Die „Arbeiter-Zeitung“ skizziert in ihrem Leitartikel die geschichtliche Entwicklung der Bemühungen zu einer engeren wirtschaftlichen Verbindung der beiden Staaten. Der schon im Februar 1919 geschlossene Vertrag, demzufolge Deutschland und Oesterreich ein gemeinsames Zollgebiet bilden sollten, ist damals durch den Einspruch der Siegermächte umgestoßen worden. Das nunmehr vertändete Ziel, einen Regionalvertrag abzuschließen, ist bescheidener gesteckt. Durch den Abbau der Verkehrsschwererung zwischen den beiden Ländern könnte die wirtschaftliche Lage Oesterreichs verbessert und in manchen Produktionszweigen die Arbeitslosigkeit bedeutend gemildert werden. Das Mißtrauen, welches dem Plan im Ausland entgegengebracht wird, darf nicht übersehen werden. Es wäre allerdings am leichtesten gewesen, diesen Plan im Rahmen einer allgemeinen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich durchzuführen.

Der Widerstand Frankreichs.

Paris, 23. März. (Eigenbericht.)

Obgleich der genaue Wortlaut des österreichisch-deutschen Abkommens noch nicht bekannt ist, protestiert die französische Presse

bereits in allen Tonarten gegen diesen Plan, der eine Verletzung des Vertrages von Versailles und von St. Germain sowie des Genfer Protokolls vom 4. Oktober 1922 sei.

Bertinay verlangt im „Echo de Paris“ einen gut dirigierten wirtschaftlichen und finanziellen Druck der früheren Alliierten auf Wien und Berlin, um das Werk Schobers und Curtius zu vernichten. Das „Journal“ bezeichnet es als Ironie, daß

die von der Europa-Union lancierte Idee regionaler Zollabkommen gerade von Deutschland und Oesterreich in die Tat umgesetzt wird.

Das Blatt spricht von „Wiederherstellung des Pangermanismus“, der mit der Zollunion anfangs und mit dem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa enden werde. Im „Matin“ erklärt Sauerwein, es sei sicher, daß Deutschland politischer Hintergedanken verdächtigt werden würde, weil bei der gegenwärtigen Krise ein solches Abkommen weder Deutschland noch Oesterreich wirtschaftliche Vorteile bringen könne. Der „Petit Parisien“ meint, es handle sich angesichts des Mißverhältnisses zwischen der Größe und der wirtschaftlichen Organisation beider Länder wahrscheinlich um den Beginn einer wirtschaftlichen Auffassung Oesterreichs durch Deutschland, der bald die politische Auffassung folgen könnte. Das radikale „Deuore“ erklärt, Mitteleuropa dürfe nicht der Kern zu einem neuen Europa sein und spricht seine Bewunderung darüber aus, daß sich

der englische Gesandte in Wien der Protestbewegung Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei nicht angeschlossen

hat. Am vernünftigsten urteilt das Gewerkschaftsorgan „Peuple“: Das Abkommen werfe zwar zahlreiche beunruhigende Fragen auf, man könne diese aber vorläufig noch nicht beantworten, ohne sich in abenteuerliche Betrachtungen einzulassen. Verschiedene Blätter berichten, daß Briand sich über diese Frage mit den Außenministern unterhalten werde, die zu der am Dienstag beginnenden Tagung des Organisationsausschusses der Europaunion in Paris eintreffen.

